

Solidaritätspreis 3,- DM

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Zeitung der  
**SAW**  
Sozialistische Alternative

VORAN Nr. 207 August 1999

# Statt sparen bei den Armen Streichen bei den Reichen

## Wo Geld ist...

1997 besaßen allein die reichsten 47 Familien Deutschlands über 263 Milliarden DM, das entspricht der Hälfte des Bundeshaushaltes. (Beck/Meine "Wasserprediger und Weintrinker")

Wäre der Anteil der Gewinsteuer der Unternehmen am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980 wären nämlich 100 Milliarden DM mehr in den öffentlichen Kassen. (WStJ)

Die Unternehmen verfügen über 691 Milliarden DM Rücklagen, für die bisher keine Markt-Gewinnsteuer in die öffentlichen Kassen fließt. (taz, 16.3.99)

Würde die rot-grüne Regierung die von der Kohlregierung abgeschaffte Vermögenssteuer und Gewerbesteuer wieder einführen, hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden DM mehr in den Kassen. (aktuell 99)

"Der Lebensstandard bei uns ist doch so gut, daß wir uns diese Kraftanstrengung ruhig erlauben können." So tönte Kurt Beck (SPD), um seinen Vorschlag nach Nullrunden für alle Arbeitnehmerinnen zu begründen. Auch Kanzler Schröder, und seine rot-grüne Kürzungsstruppe sehen noch jede Menge weitere Sparrmöglichkeiten. Doch fragt man sich, von wessen Lebensstandard die Rede ist, und wer hier Kraftanstrengungen zu machen hat.

## Katja Raetz, Berlin

Meinen sie "den guten" Lebensstandard der Sozialhilfempfänger und der zwei Millionen privaten Haushalte, die als überschuldet gelten? Meinen sie "den guten" Lebensstandard der Betreuer von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe, wie zum Beispiel Katrin Wegener aus Berlin, die schon heute bei 340-DM Miete zuzüglich Strom und Gas von 1000,-DM Arbeitslosenhilfe leben muß? Meinen sie den "guten Lebensstandard" der ArbeitnehmerInnen, deren Realinkommen im letzten Jahr gesunken ist? Ja, tatsächlich sie alle sind gemeint.

Das Argument, Lohnverzicht schaffe Arbeitsplätze ist falsch. In sechzehn Jahren Kohl-Regierung stiegen die Einkommen aus Unternehmensfähigkeit

und Vermögen stärker als die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer und Angestellten. Das Ergebnis waren immer neue Rekorde bei der Arbeitsplatzvernichtung. Selbst DIHT-Präsident Hans Peter Stihl nannte unlängst konkrete Jobsagen der Wirtschaft "illusorisch".

Im Herbst noch haben die Regierungsparteien versprochen, die Situation von Jugendlichen zu verbessern. Zum Beispiel sollten alle Jugendlichen, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Realität sieht aber anders aus: Ende Mai gab es noch 310.000 nicht vermittelte Bewerber, denen 144.000 offene Stellen gegenüberstanden - inklusive dem "Jobprogramm" der Regierung. Nur noch jeder vierte Betrieb bildet aus, also wird die Schere zwischen Bewerber und freien Plätzen immer größer.

Bisher bekamen Bundeswehr- und Zivildienstleistende sowie Referendare nach Beendigung ihres Dienste oder Referendariats Arbeitslosenhilfe. Das soll jetzt ganz wegfallen, dafür müssen sie Sozialhilfe beantragen, was die Jugendlichen wieder abhängig von ihren Eltern macht.

Weiter ist geplant, die Mineralölsteuer dreimal um 8 Pf pro Liter anzuheben. Doch heißt das nicht, daß im Gegenzug

Bahn- oder Busfahrten billiger würde. In Berlin kostet z.B. eine normale Monatsfahrkarte 99,-DM, auch für Arbeitslose. Weitere Kraftanstrengungen müssen allerdings die Reichen in diesem Lande unternehmen. Sie müssen sich nämlich kräftig anstrengen, die zusätzlichen Geldgeschenke seitens der Regierung wieder auszugeben.

Durch eine "große Unternehmenssteuerreform" sollen die Betriebe ab 2001 um 8 Milliarden entlastet werden. Seit 1990 wurden die Unternehmen laut SPD - Finanzexperten Joachim Pöb bereits um 50 Milliarden entlastet. Doch gibt es nicht den mindesten Gedanken, diese ungerechte Verteilung des Wohlstandes umzukehren. Das Gegenteil ist der Fall. Während die sozialen Erregungenschaften immer weiter abgebaut werden, können die Reichen ihre Pfunde noch vergrößern.

Daran wird sich erst etwas ändern, wenn der rot-grünen Kahlschlagpolitik die gesamte Kampfkraft der Arbeiterbewegung entgegenstellt wird. Bereits im Juni waren 30.000

KollegInnen bei der ÖTV-Demonstration in Berlin, um ihren Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Krankenhäusern klar zu machen. Die SAW setzt sich in den Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, Schüler- und Studierendenorganisationen für eine bundesweite Großdemonstration ein. Ein erster Schritt, um den Kampf gegen die Kürzungspolitik zu beginnen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, Aktionen bis hin zum Streik zu organisieren.

Die Entwicklung der SPD und der Grünen zeigt, daß wir uns auf keine der etablierten Parteien verlassen können. Überall wo heute systemkonforme Parteien entscheiden - sei es auf bundesweiter oder regionaler Ebene beugen sie sich den sogenannten Sachzwängen der Profitwirtschaft und setzen die Kürzungen mit um.

Deshalb ist der Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei, die nicht im Interesse der Profite handelt und die demokratisch aufgebaut ist, notwendig.



**Stoppt  
Rot-Grüne  
Kürzungspolitik**

## Wo gekürzt werden soll...

Beispiele aus dem Kürzungskatalog

7,2 Milliarden DM bei Langzeitarbeitslosen, um diese Summe sollen die Beiträge vom Staat für Arbeitslose an Renten-, Pflege- und Krankenversicherung gekürzt werden. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen in den nächsten 2 Jahren nur entsprechend der Preissteigerungsrate angehoben werden.

3,8 Milliarden DM sollen dadurch eingespart werden, daß auch die Renten 2 Jahre nur noch in Höhe der Inflation angehoben werden. Dafür sind im Jahr 2001 nur 0,7 Prozent eingepplant und im Jahr 2001 nur 1,6 Prozent. Das heißt, das die Rente von derzeit 70 Prozent des vorherigen Lohns auf 65 Prozent gesenkt wird.

Die "originäre Arbeitslosenhilfe" für diejenigen, die noch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, z.B. Zivildienstleistende, Bundeswehrsoldaten und Referendare, wird abgeschnitten (1,1 Milliarden DM).

30.000 von 140.000 Zivildienststellen sollen wegfallen, ohne daß diese Stellen, vor allem im Gesundheitswesen durch Festangestellte wieder ausgefüllt würden (2,86 Milliarden DM), 44 Millionen durch geringere Zuschüsse für die Dienststellen der Zivildienstleistungen.

Die vorgesehene BAföG - Erhöhung soll verschoben werden, obwohl die Fördermittel für BAföG-Empfänger ohnehin schon 1998 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 2,3 Milliarden DM gesunken sind.



"Was bleibt vom Sozialstaat?" fragte die SPD in früheren Wahlkämpfen - selbst an der Regierung antwortet sie: Nichts!

Kommunalwahlen: .. Sozialismus -  
SAV-Aachen in den .. Alternative oder  
.. Nato im Kosovo: ..  
.. Kein Frieden, ..  
.. Nigeria: ..  
.. Mord an ..



# NATO-Protectorat Kosovo: Nationale Unterdrückung und Elend gehen weiter

Mit dem angeblichen Ziel, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, wurden Serben und Kosovo von der NATO in Schutz und Asche gelegt. Nach dem Rückzug der Milosevic-Truppen hat sich die NATO nun als Besatzungsmacht im Kosovo eingerichtet, aber Brandschätzungen, Vergewaltigungen und Vertreibungen und Elend gehen weiter.

## Gaelan Kayfajare, Aachen

Mit jedem Tag wird immer deutlicher, daß die Kosovo-Flichtlinge nur ein Alibi für die NATO waren, um ihre militärische Kontrolle auf dem Balkan auszuüben. Seit Wochen werden die serbische Minderheit, aber besonders Sinti und Roma, von Teilen der UCK-Truppen vor den Augen der NATO-Soldaten vertrieben und ihre Häuser in Brand gesteckt. Jetzt, wo die militärische Kontrolle erreicht ist, intensiveren sich Schärpung, Schröder oder Fischer weder für das Schicksal der

Serben noch für Sinti und Roma. Sie interessieren sich auch nicht mehr für traumatisierte kosovo-albanische Kinder oder für vergewaltigte Frauen, die während des Krieges medienwirksam in Szene gesetzt wurden, um die Kriegsbeteiligung der Bundeswehr zu rechtfertigen.

Städte und industrielle Infrastruktur, (Kosovo und Serben wurden schätzungsweise um zwei Jahrzehnte zurückgeworfen), wurden zerstört und ganze Landschaften zusätzlich zu den serbischen Minen mit Blindgängern von NATO-Bomben verseucht. Die Herren Politiker müssen sich aber um die für sie wichtigen Dinge kümmern, nämlich die Profite des deutschen Kapitals zu sichern. Mit Bodo Hombach als EU-Balkan-Verantwortlichem kontrolliert man den mit Steuerergeldern gefüllten Geldtopf. Deutsche Unternehmer sitzen bereits im Kosovo, um sich beim Wiederaufbau den Löwenanteil zu sichern. Das deutsche Kapital kontrolliert

bereits 80 Prozent der Auslandsinvestitionen in den Ländern Polen, Slowenien, Tschechien und Kroatien. So gesehen genießt es gewissenmaßen Heimvorteil auf dem Balkan. Es ist auch nicht verwunderlich, daß Gerhard Schröder der erste westliche Politiker ist, der die neue "Kolonie" bereist.

Die Rüstungsindustrie und Waffenhändler haben sich vor Freude während des Krieges die Hände gerieben. Allein der Ersatz der abgetauerten Munition ist ein Milliardengeschäft. Bezahlen tut der Steuerzahler, mit anderen Worten die Arbeiterklasse. Die Kriegsgewinnler, die schließlich die Zerstörungen verursacht haben, sollen auch dafür geradestehen! Sie haben auch Geld genug, um die geschätzten 300 bis 800 Milliarden DM für den Wiederaufbau zu bezahlen.

## Kein Frieden

Der NATO-Sieg bedeutet alles andere als eine friedliche Zukunft auf dem Balkan. Die Kosovo-Albaner haben jahrelang für einen unabhängigen

Kosovo eingestanden. Viele haben dafür gekämpft und gelitten. Bald werden sie merken, daß die Besitzer ausgetauscht worden sind, und sie werden Widerstand gegen die neue fremde Herrschaft beginnen. In einem Punkt waren sich NATO und Milosevic vor, während und nach dem Krieg schließlich immer einig: Ablehnung der Forderung der Kosovo-Albaner nach Unabhängigkeit.

Die Unfähigkeit des Imperalismus, die Kriegsschäden zu beheben und das Elend zu beheben, wird dem Nationalismus Munition liefern. Einige der UCK-Führer behalten sich nach wie vor das Recht vor, alle Albaner des Balkans in einem Großalbanien zu vereinen. Das betrifft nicht nur ein Drittel Mazedoniens, sondern auch Teile Griechenlands und Montenegros. Kombiniert mit der nationalistischen Politik und den Machtinteressen der anderen kapitalistischen Staaten, innerhalb und außerhalb der Region, ergibt sich eine gefährliche Gemengelage aus der neue Kriege zu entstehen drohen. Der Imperialismus wird bald merken, daß er sich am Kosovo verschluckt hat.

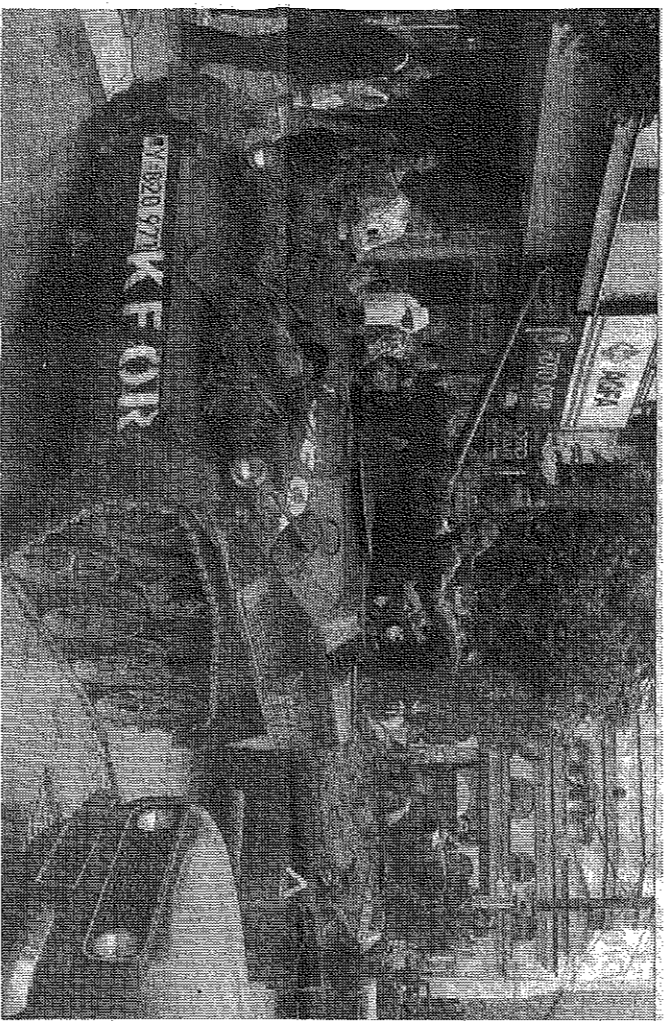
## Milosevic hat ausgedient

Die Überlebenschance des Milosevic-Regimes sind gering nach der Niederlage und Verlust des Kosovo und einem zerbrochen Serbien. Der Traum von Großserbien, der einst seine Karriere begründete, ist endgültig ausgeträumt nach Niederlagen in Slowenien, Kroatien, Bosnien und nun in Kosovo. Für die serbische herrschende Klasse ist Milosevic nicht mehr nützlich. Der Westen, der ihn noch für den Friedensvertrag in Bosnien gewonnen hat, hält Ausschau nach einem möglichen Nachfolger. Die Proteste gegen Milosevic haben zwar zaghafte angefangen, weil die Masse der Serben noch vom Ausmaß der Zerstörung benommen ist. Die

Oppositionsführer sind zerstritten, allesamt pro-kapitalistisch und nicht weniger gangsterhaft als Milosevic. Zoran Djindjic, der am stärksten westlich orientiert ist, wird besonders von der Schröder-Regierung aufgedeckt. Es ist schwierig zu sagen, wer die Nachfolge Milosevic antreten wird. Es ist nicht mal ausgeschlossen, daß der eine oder andere aus seinem Lager oder aus der Armee das sinkende Schiff verläßt und Machtanspruch erhebt. Die serbische herrschende Klasse wird zunächst keine eigenständige Rolle spielen können, und das Regime nach Milosevic wird westlich orientiert sein.

## Freiwillige Föderation sozialistischer Republiken

Im Kapitalismus gibt es immer Nationalismus und ethnische Unterdrückung. Mit ihrer Politik des "Teile und Herrsche" brauchen die Kapitalisten den Nationalismus, um die Menschen zu spalten und so ihre Macht leichter zu sichern. Frieden und Sicherheit auf Dauer können nur erreicht werden, wenn das kapitalistische System abgeschafft wird. Der erste Schritt dazu auf dem Balkan ist der Wiederaufbau einer starken Arbeiterbewegung mit starken revolutionären sozialistischen Parteien. Kurzfristig scheint das wegen dem hochgepuschten Nationalismus extrem schwierig zu sein. Die Erfahrung wird zeigen, daß die kapitalistischen Regime, egal ob in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, Serbien oder Kosovo, den Menschen auch in Zukunft nur Armut und Elend bieten. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter und armen Bauern des Balkans gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine freiwillige Föderation sozialistischer Länder des Balkans kann einen Ausweg bieten.



Deutsche Panzer in Pritzen

# Sozialistische Kommunalpolitik in der Praxis

Die SAV kandidiert in diesem Jahr in mehreren Städten bei Kommunalwahlen. Wir kämpfen für eine sozialistische Kommunalpolitik. Es gibt ein Beispiel in der jüngeren Geschichte, wo Sozialisten gezeigt haben, was das in der Praxis heißt. Der folgende Artikel ist ein leicht gekürzter Nachdruck aus der VORAN, Juli/August 1995.

In der englischen Hafenstadt Liverpool war die soziale Krise schon zu Beginn der 80er Jahre besonders tief. Auch hier hatte die Regierung Thatcher in den Jahren seit 1979 die Kommunen für die Krise zahlen lassen. 1983 gewann die sozialistische Linke unter der Führung der britischen Schwesterorganisation der SAV, Militant die Mehrheit in der Labour Party. Bei den Kommunalwahlen im selben Jahr trat sie mit einem sozialistischen Wahlprogramm an. Die Labour Party gewann die Wahl und stellte bis 1987 die Mehrheit im Liverpooler Stadtrat. In dieser Zeit wurden Reformen durchgesetzt, wie der Bau von 5000 Sozialwohnungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche für die städtischen Bediensteten, die

beispielsweise bei der Stadt anstelle der von den Liberalen geplanten 1000 Stellenstreichungen, die Schaffung von 100 neuen Lehrstellen sowie der Bau von Sportzentren und Kindertagesstätten.

Für diese Reformen hatte die Stadt "eigentlich" nicht genug Geld. Doch der Stadtrat ließ sich nicht von der Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse abbringen und beschloß einen "Illegalen", nicht ausgeglichenen Haushalt und forderte von der Thatcher-Regierung die fehlenden Gelder zurück. In den ersten Jahren war diese Politik erfolgreich und Thatcher mußte nachgeben.

Dies war nur möglich, weil der Stadtrat die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse und der Jugend in Liverpool, vor allem der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, hatte.

Die Politik des Stadtrates wurde von der Basis der Labour Party, zu der die meisten Gewerkschaften gehören, demokratisch bestimmt. In diesen Jahren bewiesen die Sozialisten von Militant, daß eine Stadt sich zur Wehr setzen kann.

Doch sie wußten auch, daß sie, auf sich alleine gestellt, die Thatcher-Regierung nicht Jahr

für Jahr zu Zugeständnissen zwingen können. Deshalb versuchten sie einerseits, den Kampf auf andere Städte auszuweiten und zweitens, ihn mit einem Kampf für die grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu verbinden.

Da die landesweite Führung der Labour Party nicht mit-

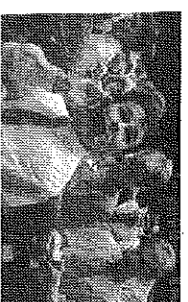
in der Labour Party für eine sozialistische Politik. Im Zuge der Rechtswende und Umwandlung in New Labour beigeführte Stadtrat wegen eines erneuten illegalen Haushalts durch Thatcher des Amtes ent hoben.

(Zur Erklärung: Die Sozialisten um die Zeitung Militant kämpfen bis in die 80er Jahre



50000 demonstrieren zur Interstizung des sozialistische Stadtrates in Liverpool 1984

## Ihr da oben ...



## Wachsende Armut

Die Armut auf der Erde nimmt nach Angaben des Präsidenten der Weltbank immer mehr zu. 1,3 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Nächstes Jahr werden es voraussichtlich 1,5 Milliarden sein. (Köhner Stadtanzeiger, 23.4.99)

## Freie Atmung?

Nachdem Ende Mai ein Flüchtling aus dem Sudan bei seiner Abschiebung getötet worden war, hatte Bundesinnenminister Schily die vorläufige Aussetzung aller Abschiebungen angeordnet, bei denen mit Gegenwehr zu rechnen ist. In der Juni/Juli Voran schrieben wir, daß dieser Erlaß nur solange Gültigkeit haben würde, bis die allgäuliche Brutalität des deutschen Staatsapparates gegenüber Flüchtlingen wieder in Vergessenheit geraten ist. Schon Ende Juni durften die Abschiebungen wieder aufgenommen werden. Man habe zuvor die Rückführungspraxis des Bundesgrenzschutzes in medizinischer und politischer Hinsicht eingehend diskutiert. Eine Fachkonferenz, an der auch Innenminister Schily teilnahm, habe u.a. zu folgenden Ergebnissen geführt:

„Bei Rückführungen ist unbedingt darauf zu achten, daß die freie Atmung des Rückzuführenen gewährleistet ist. Als Konsequenz wird ab sofort auf die Verwendung von Intergralhelmen bei Rückführungsmaßnahmen verzichtet. Auch ist bei der Anwendung von körperlicher Gewalt – als Mittel des unmittelbaren Zwanges – dafür Sorge zu tragen, daß der Rückführende in einer Position verbleibt, die eine unbeinträchtigte Atmung gewährleistet.“

(Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums des Innern vom 25.6.1999)

Immerhin geben Schily und seine Abschnebeförderer zu, daß der Mensch zum Leben Luft braucht. Ob er die auch noch haben wird, nachdem der „Rückführende“ nach seiner Abschiebung in Folterstaaten wie der Türkei, Nigeria oder dem Sudan von der dortigen Polizei in Empfang genommen worden ist, scheint Schily nicht zu interessieren.

## Kein Geld?

Das UN-Flichtlingshilfswerk (UNHCR) beklagte sich Anfang Juli über die Zahlungsmoral der Gebirgsländer für die Kosovohilfe. Es sei unglaublich, daß das UNHCR ständig gezwungen sei, zu "betiteln", sagte der UNHCR-Sonderbeauftragte für Jugoslawien, 400 Millionen Dollar benötigte man 1999 für die Kosovohilfe aber erst 140 Millionen Dollar seien bisher eingegangen. Zum Vergleich: Für den Krieg gab die NATO nach vorläufigen Schätzungen pro Tag mindestens 120 Millionen Dollar aus, zusammen also mindestens 9.500 Millionen Dollar.



WIR ...



# Der Mensch - zu schlecht für den Sozialismus?

**?** „Sozialismus ist theoretisch eine schöne Sache. Aber leider ist er in der Praxis nicht durchführbar, weil der Mensch von seiner Natur her dafür nicht geeignet ist. Der Mensch ist egoistisch, selbstsüchtig und immer auf seinen eigenen Vorteil aus.“

Der Mensch hat verschiedene Seiten. Er kann sowohl seine Bedürfnisse auf Kosten anderer durchsetzen oder auch solidarisches und hilffreudig sein. Welche Seite zum Vorschein kommt, ist von der Situation abhängig: von dem Gesellschaftssystem, in dem er lebt. In diesem System wird die schlechte Seite mehr begünstigt. Schon in der Schule wird einem Ellenbogendicken bei dem das Zensurensystem in Konkurrenz zueinander, anstatt gemeinsam zu lernen. Höhepunkt ist das „Punktegeiern“ auf der Oberschule, um den Abitur-Schnitt zu verbessern.

Das heutige Wirtschaftssystem braucht solche Leute. Die Produktion im Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz zwischen den Unternehmen. Auf dem Weltmarkt gibt es einen harten Kampf um Marktanteile, der sich während einer Wirtschaftskrise noch verschärft. Diese Produktionsweise braucht Menschen, die „ihre Land“, „ihren Betrieb“ gegen andere vertreten. „Jeder gegen jeden“ ist das Motto. Die durch das wirtschaftliche System geschaffene Wirklichkeit spiegelt sich auch in den Köpfen der Menschen wider, wirkt sich im Verhalten im Betrieb oder im privaten Bereich aus.

**?** „Die Geschichte der Menschheit besteht nur aus Kriegen, Machtkämpfen und Raubzügen. Er ist von Natur her kriegerisch veranlagt und nicht veränderbar.“

Es hat wirklich eine Menge Kriege in der Geschichte der Menschheit gegeben - und gibt sie immer noch. Ob unter Königen oder Kapitalisten: es hat auch immer Kriegsgewinnler gegeben. Kriege sind um Machtinteressen, Rohstoffe oder Marktanteile geführt worden. Nicht das unveränderliche „Böse im Menschen“ hat Nazi-Deutschland in den II. Weltkrieg getrieben, sondern die Profitinteressen von Krupp, Thyssen und IG Farben.

Der einzelne Mensch hat ein grundlegendes Interesse nach Ruhe und Frieden. Trotzdem sind, seitdem es Klassen-sellschaften gibt, immer wieder Millionen in den Krieg geschickt worden. Die Alljährlichkeit des Mordens verändert natürlich auch das Denken vieler Menschen. Der Krieg in Bosnien hat viele Soldaten zu KILLERN gemacht, für die Töten und Verunstalten Selbstzweck und Lebensinhalt ist. Doch dies ist nicht der Grund für den Krieg. Dahinter stehen handfeste Interessen der Herrschenden in Serbien und Kroatien.

**?** „fünf Autos, drei Wohnungen und soviel Geld, wie er gar nicht ausgeben könnte.“

Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bleiben Wünsche nach Konsum ohne Ende unerreichbar. In der ganzen Welt und auch in der Bundesrepublik gibt es immer mehr Arme, Arbeitslose und Obdachlose. Für sie geht es um ein halbwegs menschenswürdiges Überleben, nicht um Raffin von immer mehr. Das Einkommen der Unternehmer hingegen ist in Deutschland allein in den letzten zehn Jahren mehr als doppelt so stark angestiegen wie das der arbeitenden Menschen.

Für die Durchsetzung des Egoismus einer reichen Minderheit wird heute unsere Umwelt, unsere Gesundheit und unsere Zukunft geopfert. Wenn alle Menschen gleichberechtigt wären und keine Macht über den anderen hätten, würde keiner seinen Egoismus bis zum Exzess auf Kosten anderer befriedigen können.

**?** „Ja, aber selbst unter normalen Leuten denkt jeder nur an sich selber, keiner will was für den anderen tun. Wie die Geier versuchen sie, soviel wie möglich an sich zu raufen.“

Natürlich drängt der Überlebensinstinkt den Menschen zum Raufen. Schließlich muß er auch ständig damit rechnen, daß ihm etwas weggenommen wird. Doch nicht prinzipiell, um anderen zu schaden. Wenn an alle Haushalte kostenlos Kühlschränke verteilt würden, würde sich keiner, nur damit der andere keinen bekommt, drei oder

Ein Glas Wasser gibt man jemandem, der darum bittet. Aber verständlicherweise verschenkt niemand aus Nächstenliebe seine Wohnung.

Bei der Wohnungssuche geht es schon lange nicht mehr gerecht und fair zu. Man muß zu allen erdenklichen Mitteln greifen, um eine zu bekommen. Die nettesten Menschen werden zu Besten. Genauso auf dem Arbeitsmarkt. Existenzängste und Mangel zwingen den Menschen zu unsozialem Verhalten.

Es geht nicht darum, den Menschen zu tadeln und moralisch verändern zu wollen, sondern darum, den Mangel zu beseitigen. Der Sozialismus ist nicht nur notwendig, weil er gerechter ist als das heutige System, sondern weil er ökonomisch effektiver ist, weil er in der Lage ist, Überschub zu produzieren, den Mangel zu beseitigen. Sozialismus ist nicht dazu da, alle Menschen erzieherisch zu bessern, sondern um die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Die Voraussetzung für den Sozialismus sind nicht „gute Menschen“, sondern umgekehrt der Sozialismus schafft die ökonomischen und sozialen Grundlagen, um Menschen zu solidarischen Wesen zu machen.

**?** „Das hat man im Osten gesehen. Dort ging es den Menschen bedeutend schlechter aus uns! Dort wurde bewiesen, daß der Sozialismus nicht funktioniert.“

Erstens geht es den ehemaligen Ostblockstaaten seitdem es dort Kapitalismus gibt um einiges schlechter als vorher. Zweitens hat es dort keinen

## Natürliche Haßgefühle?

Der Macht Hunger der Menschen stellt in der Tat ein ernstes Problem dar, aber es besteht kein Grund, zu glauben, daß die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes menschliches Merkmal ist. Wir sind wirtschaftlich egoistisch, weil wir alle in Schrecken vor der Armut leben. Aber wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Niemand verspricht zum Beispiel die Luft aufzutrinken. Der Millionär, wie der Bettler begnügt sich beide mit genausoviel Luft, wie sie einatmen können. Dasselbe mit Wasser. In diesem Land sind wir nicht von Wassermangel geplagt. Die Folge davon ist daß Wasser kaum in unser Bewußtsein dringt. Aber was für Eifersüchtlereien, was für Haßgefühle, was für entsetzliche Verbrechen doch der Mangel an Wasser in verdorrten Ländern wie Nordafrika verursachen kann! Dasselbe gilt auch für jede andere Art von Gütern. Wenn man es so einrichten könnte, daß es sie im Überfluß gäbe, was man sehr leicht tun könnte, besteht kein Grund zur Annahme, daß die angeblichen haßgeprägten Instinkte der Menschen nicht in ein paar Generationen wegerzogen werden könnten. Und wenn sich schließlich die menschliche Natur nie ändert, wie kommt es dann, daß wir nicht nur keinen Kampfballismus mehr betreiben, sondern es nicht einmal wollen? (George Orwell, ergl. Sozialist, 1944)

vier in die Küche stapeln. Nur Sozialismus gegeben. Auch wenn Mangel auftritt, entsteht Streit Ärger und Habgier. Auf Feten, wo zuwenig Bier ist, geht es meistens etwas hektischer zu, als wenn genug für alle da ist. Entweder man trinkt schneller oder man versucht,



Die Solidarität der Arbeiter ist Ausdruck ihrer gemeinsamen Interessen: Bergarbeiter demonstrieren für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Kohle und Stahl!

Kräfte. Diese Perversion des Sozialismus lag nicht am unveränderlichen Machstreben des Menschen, sondern an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der isolierten Sowjetunion nach der Revolution 1917. Die Verwaltung des Mangels

mache die Verwalter zu Herrschern über andere Menschen. Die DDR und die anderen Ostblockstaaten waren Kopien des sowjetischen Stalinismus. Es hat zwar eine staatliche Planwirtschaft gegeben, aber unter dem Kommando einer abgehobenen bürokratischen Diktatur. Es gab keine demokratische Kontrolle durch die Arbeiterinnen. Eine Planwirtschaft kann aber im Gegensatz zur Marktwirtschaft ohne Demokratie nicht leben. Die chaotische Kontrolle des Marktes muß durch eine bewußte Kontrolle, die Einbeziehung der Produzenten und Konsumenten, ersetzt werden, um die Wirtschaft zu entwickeln und die Bedürfnisse zu befriedigen.

**?** „Menschen sind grundverschiedene Individuen. Darüber kann man nicht einfach hinwegsehen und alle über einen Kamm scheren. Der Sozialismus will die Menschen aber gleich machen. Das kann nicht funktionieren.“

Eben! In den kapitalistischen Konzernen gibt es vorge-schriebene Anfangszeiten und Stempelhüben. Die Arbeiter-einer Firma haben meist alle den gleichen Anzug an, blau oder grau. Arbeiten sollen wir wie Maschinen, alle gleich schnell und fehlerlos. Auch die Freizeitgestaltung steht man-

**?** „Von seiner Natur her ist der Mensch eher faul und träge. Ohne Konkurrenz und Leistungsdruck würde er faul und unproduktiv werden. Nur die Marktwirtschaft ist in der Lage, den Menschen zum Arbeiten zu motivieren, da sie ihn nach Leistung bezahlt.“

Die Marktwirtschaft ist heute in der Lage, Millionen vom Arbeiten abzuhalten und zum Nichtstun zu verdammen. Es ist ein Gerücht, daß man in diesem System nach Leistung bezahlt wird. Oder leistet eine Zahnarztpraxis mit 1500,- DM netto zehnmal so wenig wie ein Abgeordneter im Landtag? Oder ein Durchschnittsangestellter 25mal so wenig wie ein Manager? Motivierend ist dieses System noch nie gewesen, der Druck bringt die Leute dazu, täglich wieder auf der Matte zu stehen.

Wenn der Mensch denkt, daß sein Tun notwendig ist, ist er auch bereit, Leistung zu erbringen. Das sieht man an den zigtausend Verbänden, Vereinen und Initiativen, in denen Leute sich engagieren, ohne einen Pfennig Geld dafür zu sehen. Ein Beispiel ist auch der „Grüne Punkt“. Obwohl es aufwendig ist, haben Millionen

40 000 Tonnen, wie von den Unternehmen geschätzt, sind 400 000 Tonnen Müll gesammelt worden.

**?** „Der Mensch will von Natur aus andere betrygen und über-vorteilen. Er wird alles daran setzen zu verhindern, daß es seinem Nachbarn besser geht. Er läßt sich gegen andere aufhetzen und diskriminiert Menschen, die anders sind als er.“

Wenn dies die einzigen Eigenschaften des Menschen wären, sähe es düster aus. Doch der Mensch ist in erster Linie ein soziales Wesen. Wenn dies nicht so wäre, würde die Gesellschaft sofort zusammenbrechen. Sie könnte keine Minute länger existieren. Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Minderheit über die Mehrheit herrscht. Damit das funktioniert, muß diese Minderheit alle Mittel einsetzen, um die Mehrheit zu spalten in Ausländer, Inländer, Alte, Junge, Frauen, Männer, Arbeitslose, Arbeitsplatzbesitzer, Arbeiter, Angestellte oder Beamte.

Sie muß Mißtrauen säen und versuchen, die Leute gegeneinander auszuspielen. Denn die Solidarität unter der Mehrheit würde den Untergang der Herrschenden bedeuten. Da Unternehmer und Regierung die Probleme in ihrem eigenen System nicht lösen, sind sie dazu gezwungen, Krisen auf Kosten der arbeitenden Menschen auszugetragen.

Der Egoismus des Menschen in Existenzangst mag Ausgangspunkt von barbarischen Handlungen sein. Aber wenn die Masse der Bevölkerung ihre gemeinsamen Interessen kennt, wird ein „gemeinsamer Egoismus“, ein Klassenbewußtsein entstehen, das es möglich macht, eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, in der der Mangel beseitigt ist, in der niemand Profite durch Kriege oder unterlassenen Umweltschutz erzielen kann.

Kim Opgenoorth, Köln

# Nigeria

## Mord an

### Studentenaktivisten

Um ca. 4.30 Uhr, Samstag früh, am 10. Juli, stürmte eine bewaffnete Gang das Campus von der Obafemi Awolowo Universität (OAU) in Ife, Osun State. Ihr Ziel war die Ermordung von radikalen Studentenaktivisten. Fünf Studenten sind mit Schüssen getötet worden, weitere sind schwer verletzt. Zwei von ihnen starben am Montag im Krankenhaus.

Unter den Ermordeten befinden sich George Iwihade, Generalsekretär der Studierenden-gewerkschaft und Tunde Oke, 21-jähriger Aktivist und Mitglied der DSM (democratic socialist movement/demokratische sozialistische Bewegung). Lanre Adedele (Präsident der Studierenden-gewerkschaft und führendes Mitglied der DSM) konnte den Todesschüssen nur knapp entkommen.

Die Mörder sind Mitglieder einer staatsreuen und geheimen Sekte. Die Studierenden-gewerkschaft hat in den vergangenen Jahren immer wieder Kampagnen gegen diese rechten reaktionären Sektoren organisiert. Gerade die Studenten der OAU haben es diesen Mörderbanden sehr schwer gemacht, einen Fuß in die Uni zu bekommen.

#### Sofort in die Offensive

Nach den feigen Morden an den Studierendenaktivisten, sie wurden in ihren Schlafsäcken schlafend erschossen, haben die Studierenden eine Parole verbreitet: „ohnmächtige Trauer in Stärke verwandeln“. Sie sind sofort in die Offensive gegangen.

Nach dem sie die Nachricht gehört haben, haben Studierende vor den drei nationalen Fernsehsendern und der Tagesschau von Lagos protestiert. Die Protestaktionen wurden in allen Abendnachrichten gesendet. Tagelang war es Thema in den Medien. Die

## Solidarität mit Lanre Arogundade

Die Tradition der Studierenden-gewerkschaft der Obafemi Awolowo Universität (AOU) ist besonders kämpferisch. Hier begann die Entstehungsgeschichte der nationalen Studierenden-gewerkschaft. Viele der nationalen bekannten Studentenaktivisten sind an dieser Universität politisch aktiv geworden, so auch Lanre Arogundade, der jetzige Vorsitzende der Journalistengewerkschaft in Lagos und Mitglied im DSM, Schwesterpartei der SAV in Nigeria.

Lanre Arogundade (Vorab berichtete in der letzten Ausgabe) wurde im April verhaftet und ohne Hinweis, die die Anklage stützen des Mordes beschuldigt. Ihm droht die Todesstrafe. Lanre ist in ganz Nigeria bekannt als einer, der für Freiheit und Sozialismus steht. In den letzten Wochen gab es eine Veranstaltung, wo 4.5.000 Menschen kamen nur um ihn sprechen zu hören.

Mehrere Organisationen, neben dem CWI (Kombi für eine Arbeiterinternationalen), dem die SAV angeschlossen ist, die internationale Föderation der Journalisten, Journalistengewerkschaften von Nigeria, GB und Schweden und Bürgerrechtsbewegungen konnten mit einer Solidaritätskampagne erreichen, daß er nach 20 Tagen Gefangenschaft freigelassen wurde. Die Anklagepunkte wurden jedoch nicht zurückgenommen. Sein Leben ist nach wie vor bedroht.

Die nigerianischen Studierenden brauchen dringend internationale Solidarität und finanzielle Hilfen. Protestaktionen in ganz Europa sind geplant. Schreibt Protestbriefe an die Botschaft der Bundesrepublik Nigeria, Goldbergweg 13, 53177 Bonn, Fax (0228) 32 80 88 und schickt Kopien der Briefe an die Redaktion Voran, Hansaring 4, 50670 Köln. Spenden an Kontonr.: 20 77 27 9, BLZ 370 400 44, Kennwort: "Nigeria-Solidarität".

# Iran

## Freiheit oder Tod

Mit der Parole "Freiheit oder Tod" erschütterten im Juli Studierende im Iran das islamistische Terrorregime.

Auslöser für die tagelangen Proteste und Straßenschlächen war ein von der Polizei aktiv unterstützter brutaler Angriff der Ansar-e Hisbollah („Anhänger der Partei Gottes“ - eine reaktionär-islamistische Partei der Regimeunterstützer) auf Studierende, die gegen Pressenzensur protestierten. Bei diesem Angriff wurden mindestens fünf Studierende von den islamistischen Terrorbanden ermordet.

Die Bewegung breitete sich schnell von Teheran auf andere Städte wie Isfahan, Täbriz, Schiraz, Rascht, Orumiye und Meshed aus. Am 13. Juli nahmen die Bewegung militante Formen an, als einige der StudentInnen, aus Enttäuschung über die Reaktion der Offiziellen versuchten, das Innenministerium zu stürzen, die angenommenen Quelle ihrer Probleme. Auch die Forderungen der Studierenden blieben nicht auf die Entlassung und Verurteilung der für den Polizeiterror Verantwortlichen beschränkt. Sie stellen demokratische und soziale Forderungen, die die Herrschaft der Mullahs (religiöse Führer) letztlich in Frage stellen.

Hintergrund ist die neue Situation seit dem Wahlsieg Chamnisi bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1997. Damals hatte eine überwältigende



Studentenproteste im Iran

Mehrheit der IranerInnen, vor allem Frauen und Jugendliche, dem „Reformer“ Chamnisi ihre Stimme gegeben, um gegen die reaktionärsten Teile der theoretischen Elite um den „geistlichen Führer“ Chamenei zu protestieren. Die Hoffnungen und Erwartungen um auch das Selbstbewußtsein der Massen sind seit dieser Wahl enorm angestiegen. Chamnisi, der ängstlich darauf bedacht ist, keine Bewegung für grundlegende Veränderungen loszulassen, hat viele Hoffnungen seitdem enttäuscht.

Auch bei den Studierendenprotesten zeigte Chamnisi, auf wessen Seite er wirklich steht. Er warf den StudentInnen vor, den Rahmen zu sprengen und forderte sie auf, die Proteste einzustellen und sich an die Gesetze zu halten. Doch gerade gegen diese undemokratischen Gesetze war die Revolte

gerichtet. Chamnisi Reaktion führte unter den Studierenden zu Diskussionen darüber, ob das System mit Chamnisi von innen heraus reformiert werden kann, oder ob eine Revolution notwendig ist, die das gesamte kleinleale Establishment wegwirft. Die Rolle Chamnisi und massive Repression und Einschüchterung haben vorerst zu einer Unterbrechung der Bewegung geführt. Aber die Schwäche des Regimes ist plötzlich offensichtlich geworden. Zu Beginn der Proteste versuchte nicht nur Chamnisi, sondern auch Chamenei, der die gegen ihn kämpfenden StudentInnen „meine Kinder“ nannte, sie pausisch mit kleineren Zugeständnissen und verbaler Unterstützung zu beruhigen.

**Mahmoud Bakhtyar, Köln**



Studenten werden darauf die Schulforderung ziehen daß sie den „Reformer“ in Regime nicht trauen können. Der Aufbau eigener demokratischer Organisationen der Jugend gemeinsam mit der Arbeiter-gewerkschaft und die Entwicklung einer demokratisch-sozialistischen Alternative zum kleinkapitalistischen Regime im Iran sind notwendig.

## Interview mit einem türkischen Sozialisten Todesurteil gegen Abdullah Öcalan

Über das Todesurteil gegen Öcalan und die schwierige Situation für die Arbeiterbewegung und die Linke in der Türkei und Kurdistan sprach VORAN mit Özgür B., einem Sozialisten aus Istanbul. Das Interview führte Claus Ludwig, Köln.

**Wird das Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vollstreckt werden?**

Niemand kann das zur Zeit mit Sicherheit sagen. Allerdings gibt es viele Anzeichen dafür, daß es vollstreckt wird. Die konservativen Parteien ANAP und DYP sowie die islamistische FP sind dafür. Für die faschistische MHP ist die Situation sehr günstig. Sie fordert eine offene Abstimmung im Parlament, um „Verärrer“ die gegen die Hinrichtung stimmen, von den „echten Patrioten“ unterscheiden zu können. Bürgerliche Journalisten, die in der Presse geschrieben haben, man solle das Thema nicht „so emotional“ diskutieren und die politischen Folgen überdenken, werden von der MHP als „deutsche Agenten“ beschimpft. Die Partei von Ministerpräsident Ecevit, DSP, ist eigentlich gegen die Todesstrafe, aber schon haben einige DSP-Politiker sich dafür ausgesprochen. Sie sagen, Öcalans Fall sei einmalig. Die Stimmung in der Bevölkerung ist für eine Hinrichtung Öcalans.

**Was denkst Du über das Verhalten Öcalans vor Gericht?**

Öcalan hat gesagt, er wolle „dem Staat dienen“ und hat die Türkei als „demokratische Republik“ bezeichnet. Damit wollte er Friedensverhandlungen

erstens kein Frieden erreicht und zweitens werden die kurdische Bewegung und ihre Unterstützer in der Türkei, die gegen die Unterdrückung kämpfen, demokratisiert.

Es gibt erste Anzeichen dafür, daß vor allem die Guerillaführer anders darüber denken, aber offiziell steht die Führung der PKK noch hinter Öcalan. Trotz dem teilweisen Unverständnis über seine Äußerungen vor Gericht ist er immer noch ein nationales Symbol für die Kurden, dem sie Respekt entgegenbringen.

**Wie greift die türkische Linke den Fall Öcalan auf?**

Die meisten Organisationen schweigen. Ihr Schweigen verschlimmert allerdings die Situation. Die Führung der ÖDP weigert sich zum Beispiel, die kurdische Frage aufzugreifen und die Gefahr zu benennen, die durch die Stärkung der offenen Faschisten entsteht. Sie fürchtet die Armee. Die staatliche Unterdrückung ist zwar eine echte Gefahr, aber es

wäre nötig, etwas zu tun. Linke Mitglieder der ÖDP haben vor der Wahl vorgeschlagen, ein Wahlbündnis mit der kurdischen Partei HADEP und anderen linken Parteien einzugehen, aber die ÖDP-Führung fürchtet um ihre Respektabilität. Sie entwickelt sich mehr und mehr zu einer linksliberalen Partei und weg von einer sozialistischen Arbeiterpartei.

Das gute Wahlergebnis für die HADEP (über 4 Prozent) trotz Einschüchterung und Wahlfälschung zeigt jedoch das Potential der kurdischen Bewegung. Ein gemeinsamer linker und kurdischer Block hätte noch mehr erreichen können.

Jetzt ist es nötig, daß die Linke gemeinsam gegen die Faschisten steht, anstatt deren Erfolge totzuschweigen. Die MHP ist nicht einfach nur eine rechtspopulistische Partei, sie ist eine klassische faschistische Partei.

**Die Regierung will jetzt das Rentenalter massiv herauf-**

setzen. Wird es zu sozialen Protesten kommen, die eine Perspektive für die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung bieten?

Das kann man noch nicht sagen. Es gibt schon Proteste, doch die Gewerkschaftsführer haben erst einmal gebremst und die Proteste zersplittert und sehr spät organisiert. Einige Gewerkschaftsführer sind selber noch nicht einmal auf den Demonstrationen auftaucht. Es kommt darauf an, wie stark der Druck der Basis ist.

**Abkürzungen der Parteien**  
 ANAP: Mitterandspartei  
 DSP: Demokratische Linkspartei  
 DYP: Partei des rechten Weges  
 ÖDP: Freiheits- und Solidaritätspartei  
 FP: Tugendpartei  
 MHP: Partei der nationalistischen Bewegung



# Warum ich SAV-Mitglied geworden bin



Seit einigen Jahren beobachte ich die Politik und kriege fast nichts anderes mit, als ständige Kürzungen in fast allen Bereichen. Während Großkonzerne und Industrie immer weniger Steuern bezahlen müssen und ständig neue Rekorde erzielen, müssen Sozialhilfeempfänger mit immer weniger Geld für immer mehr Kosten auskommen, weil diese ja gefälligst ihre "Ansprüche an den Staat runterschrauben" sollen.

Es ist gleich, welche der etablierten Parteien die Regierung bilden, das Resultat ist immer dasselbe: Kürzungen bei den Schwächsten, Steuersenkungen für die Oberschicht. Die sogenannten "Volksvertreter" sind nichts weiter als Marionetten des Kapitals und setzen nur die Interessen der herrschenden Klasse durch und erzählen uns seit Jahren, daß es der Industrie besser gehen muß, damit es uns allen gut geht.

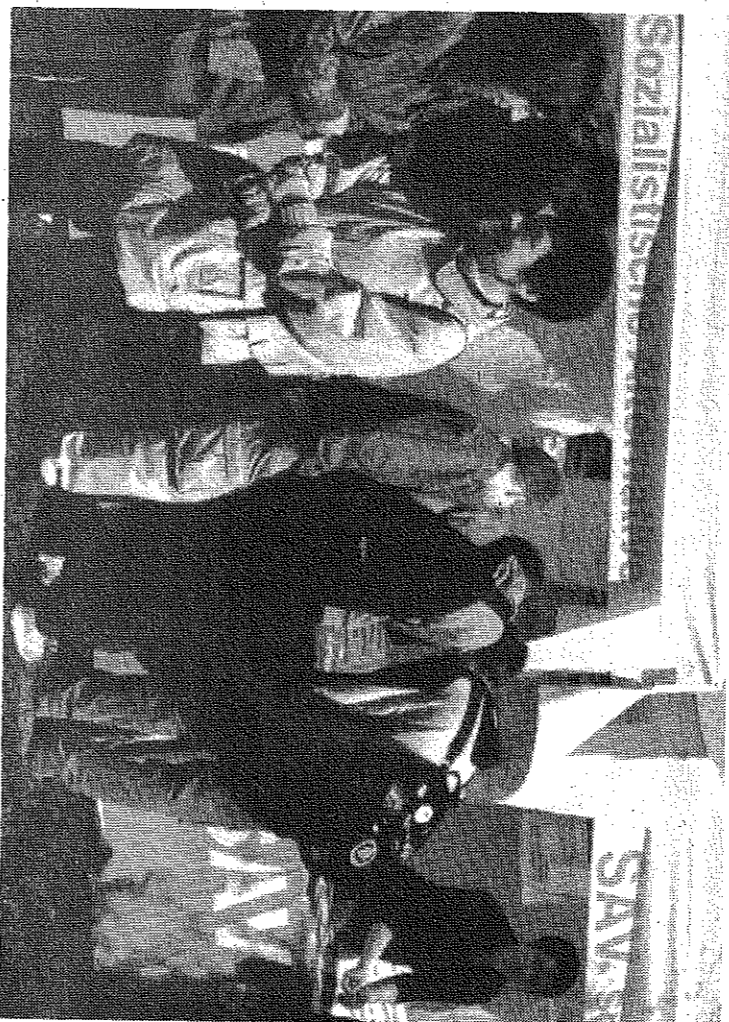
Ich bin Mitglied geworden, weil ich möchte, daß die Macht vom Volke ausgeht und weil ich nicht möchte, daß eine kleine Minderheit über die breite Masse der Bevölkerung herrscht. Auch weil ich nicht mehr hören kann, daß "Gelder fehlen", während gleichzeitig hunderte von Milliarden in die Industrie fließen für Projekte von denen die Mehrheit nichts hat (Eurofighter, Transrapid und viele mehr).

Weil ich auch nicht tatenlos zusehen möchte, wie der Staat seine rassistische Ausländerpolitik durchzieht und den flüchtigen Menschen zu einer Kostentrage reduziert und er deswegen oft nicht bleiben darf, nicht arbeiten darf, kriminalisiert wird, abgeschoben wird, ab und zu auch mal "aus Versehen" ums Leben kommt, oder gelegentlich in dem Land aus dem er geflohen ist für immer verschwindet.

Mißstände und vor allem gegen den Verräter, den Kapitalismus, organisiert vorzugehen, indem man Gegenwehr mobilisiert, Solidarität entwickelt und Sozialismus erkämpft. Die SAV steht für internationalen Widerstand, für eine Arbeiterpartei die vor allem auf außerparlamentarische Opposition setzt und Sozialismus als Ziel hat.

**Nima Sorouri, 21 Jahre, Zivildienstleistender**

# Kommunalwahlkampf in Rostock



Auf großes Interesse stießen die Infostände der SAV beim Kommunal-Wahlkampf in Rostock

Am 13. Juni hat die SAV Rostock bei den Kommunalwahlen kandidiert. Dabei haben wir das uns selbst gesteckte Ziel von 300 Stimmen in ganz Rostock weit übertroffen. Wir erreichten 859 Stimmen. Das sind 0,5 Prozent der Wählerinnen. Da jeder Wähler und jede Wählerin drei Stimmen abgeben konnte, haben uns wohl über 400 RostockerInnen gewählt.

## Ronald Luther, SAV Rostock

In unserem Wahlkampf haben wir uns besonders auf drei Stadtviertel konzentriert, wo unter anderem besonders viele Jugendliche, ArbeiterInnen

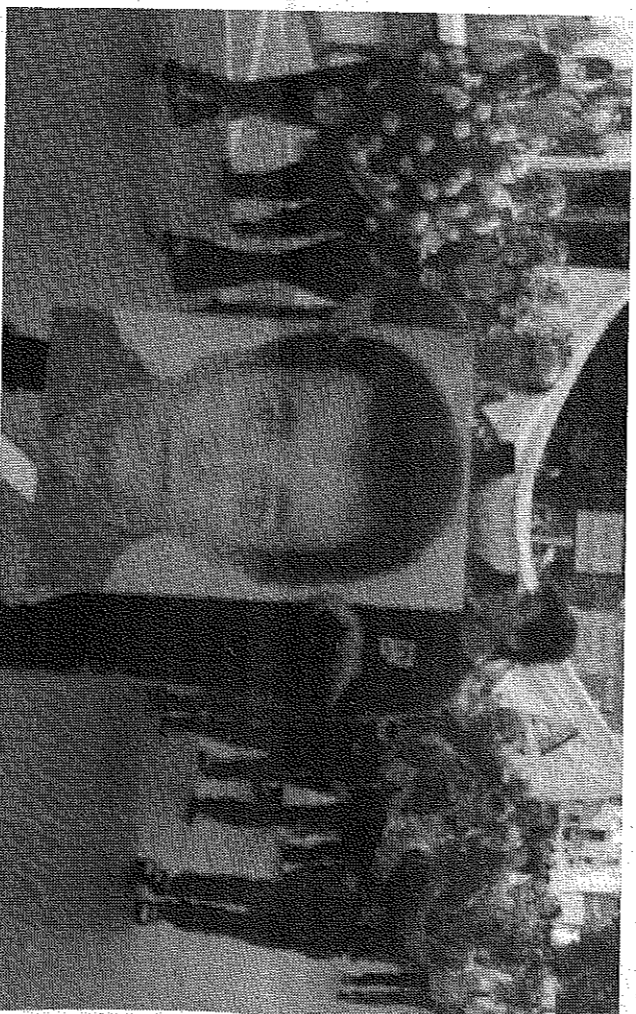
und Arbeitslose wohnen. Wir haben 280 Kommunalwahlprogramme verkauft und über 1.500 Faltblätter verteilt. Zwei neue Mitglieder, die unseren Wahlkampf aktiv unterstützen haben, sind unserer Partei beigetreten. Überall hingen unsere für „Arbeit für Alle“ und gegen das Verschleudern von öffentlichen Geldern für Prestigeobjekte entworfen. Wir verbanden unseren Wahlkampf mit dem Kampf gegen den Krieg und nahmen an den täglichen Kundgebungen für Frieden auf dem Balkan teil. Nur durch unser Eingreifen konnte am 2. Juni durch eine Sitzblockade verhindert werden, daß

der Nazi-Aufmarsch der NPD bis zum Rathaus ziehen durfte. Und auch nach den Wahlen sind wir weiter auf der Straße aktiv. So sammeln wir zur Zeit Unterschriften gegen das geplante bundesweite Schulungszentrum der Nazi-Partei DVU und werden Proteste und Demonstrationen dagegen organisieren. Jeder, der uns gewählig hat, weiß, daß wir Stellvertreterpolitik ablehnen und stattdessen für Mobilisierung der ArbeiterInnen, Jugendlichen, StudentInnen usw. für den Kampf gegen jede Kürzung und für Verbesserungen stehen. Jedes neue Mitglied ist ein Schritt vorwärts im Kampf für Sozialismus.

Am 1. Juli wurde im Kölner Stadtteil Kalk der Kurde Erol Ispr ermordet. Zwei Männer drangen in die Räume des Innerturvereins ein und töteten Erol mit mehreren Messerstichen. Mitte Juli stellte sich ein Täter, der 21-jährige Ali M. Obwohl er sich als türkischer Nationalist bezeichnet und sich die beiden Täter vorher in einem Lokal der faschistischen „Grauen Wölfe“ getroffen haben, spricht die Polizei noch immer davon, es habe sich nicht um ein politisches Motiv gehandelt, sondern um eine

„spontane Tat“ nach „persönlichen Spannungen“. Viele Anwohner waren geschockt über die feige Bluttat. Die ImmigrantInnen-Organisation AGIF, dem der Kulturverein angeschlossen ist, mobilisierte zu mehreren Protestmärschen und zu einer Trauerfeier. Türkische und kurdische Linke fürchten, daß dies der Auftakt zu einer Gewalteserie türkischer Faschisten sein könnte, die sich nach dem Todesurteil gegen Ocalan im Aufwind sehen und ihre Macht auch in Deutschland zeigen wollen. Die Partei MHP, denen die

Schlägerkommandos der „Grauen Wölfe“ unterstehen, sitzt in der Türkei in der Regierung, ihre Mitglieder sind im Polizei- und Militärapparat stark vertreten und sind für Folterungen und Morde an Oppositionellen verantwortlich. AGIF, die SAV und andere Gruppen wollen die Hintermänner des Mordes aufklären. Dazu soll ein internationales Straßenfest in Kalk beitragen. Die SAV hatte sich an allen Protestaktionen beteiligt.



Trauerzug nach dem feigen Mord an Erol Ispr

# Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

## Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119  
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Pommstr. 41  
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte Welt-Haus, An der Schanz 1  
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

## Beilin

OG Treptow-Köpenick: Bis 10. Oktober gemeinsam mit OG Prenzlauer Berg.  
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee, Linie 1 oder 20  
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

## Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wachsloch, Haselder Osterdeich 230.  
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

## Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

## Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

## Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

## Hamburg

Gerade Wochen: Dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn), Ungerde Wochen: Mittwochs, 19.00 Uhr, Hans der Jugend (Steinikestraße, S-Bahn Harburg Rathaus)  
29.06. GWA St. Pauli: SAV/CWI – Wer wir sind und was wir wollen.  
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97

## Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlauchhof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

## Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

## Köln

jeweils donnerstags, 19.30 Uhr,

## Frankfurt/Main

(0221) 13 45 04

## Rostock

SAV-Treffen jede Woche donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

## Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, an der Untertführung 12 (neben der Mote), Infos, Tel.: (0271) 51 291

## Stuttgart

21.4.: „Stuttgart 21“  
jeweils mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendausschuss, Hohe Str. 9  
Infos unter Tel.: (0711) 242442

## Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504, Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, und Saarbrücken.

# Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Unternehmer und Regierung, wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

# Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demonstrationen. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5OX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201 Fax: 0044/181/985 0757 E-Mail: [inter@dircon.co.uk](mailto:inter@dircon.co.uk)



# VORAN

Überregionale marxistische Monatszeitschrift – Erscheint seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche: Redakteur: Sascha Stamm

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 206 Juni/Juli 1999 1 DM Solidaritätspreis 3 DM

**SAV**  
(02 21) 13 45 04  
Anrufen, Informieren, Mitmachen

# Kommunalwahl in Aachen: Am 12. September SAV wählen

Nach 40 Jahren Aachener CDU-Milchwirtschaft versprach Rot-Grün 1989 einen neuen Aufbruch: "In Zukunft können alle Aachener ihre Ratwerfere beser beim Wort nehmen als je zuvor." [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]. Doch statt der versprochenen Wende hat Rot-Grün sich längst entschieden, Politik für Reiche und Unternehmer zu machen. Die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Ausländern sind ihnen egal.

**Beispiel öffentlicher Nahverkehr**  
"Wir wollen [...] den ÖPNV so verbessern, daß eine wirkliche Alternative zum Auto entsteht: [...] durch Angebotsverbesserungen, die Spielräume für Preissenkungen schaffen [...] durch Einführung eines Kurzstreckentarifs von DM 1,-", versprachen SPD und Grüne 1989. Statt dessen werden jedes Jahr die Preise erhöht. Der Kurzstreckentarif liegt inzwischen bei 1,70 DM - eine Preissteigerung von 70 Prozent! So wird der ÖPNV nie zu einer "Alternative zu Auto" werden.

**Beispiel Prestigeobjekte**  
Egal ob Carolus-Therme an der Padstraße oder die „Fritzenzang“ am Elisabethbrunnen - für sinnlose Bauvorhaben hat der rot-grüne Stadtrat immer Geld genug. Tiyoли-Neubau und „Aachen-Tor“ sind an uns noch einmal vorbei gegangen - vorerst. Aber das ist keine Garantie, daß nach den Kommunalwahlen die Geldverschwendung gestoppt ist. Deshalb setzt sich die SAV dafür ein, daß in Zukunft keine weiteren Prestigeobjekte geplant und ausgeführt werden.

### Beispiel Müllgebühren

"Es ist das gemeinsame Ziel, keine städtischen Gelder für eine Müllverbrennungsanlage einzusetzen", versprach Rot-Grün. Heute ist die MVA Weisweiler ein Faß ohne Boden: Seit 1988 stiegen die Ge-

MVA zahlen, zahlt die Firma R+T (RWE und Thienekens) nur 220 DM. Deshalb fordert die SAV: Stilllegung der MVA Weisweiler, mehr Müllvermeidung, Mehrwegsysteme und Recycling. Schluß mit der Subventionierung von Gewerbetreibenden, die Müll verursachen, müssen die Kosten voll bezahlen.

**Beispiel Arbeit**  
"Die Stadt und städtische Betriebe füllen ihren Stellenplan aus. Die Arbeitszeiterkürzung wird in neue Stellen umgesetzt", so Rot-Grün 1989. In Wirklichkeit wurden aber in den letzten Jahren massiv Stellen abgebaut. Seit zehn Jahren setzt die SPD in Aachen auf Wirtschaftsförderung - niedrige Gewerbesteuer und günstige Gewerbetaxen sollen Unternehmer nach Aachen locken. Trotzdem sind immer noch über 13.000 Aachener arbeitslos.

**Beispiel Finanzen**  
Der Rot-Grüne Stadtrat wirft den Banken jedes Jahr 100 Millionen DM Zinszahlungen in den Rachen. Die Gewerbesteuer ist eine der niedrigsten aller kreisfreien Städte in NRW. Dafür sind dann im Haushaltsplanentwurf 1999/

2000 Gebührenerhöhungen in allen Bereichen vorgesehen. Auf Deutsch nennt man das Umverteilung von unten nach oben.

Die SAV fordert, daß die Unternehmer endlich zur Kasse gebeten werden. Das beinhaltet den Stop der Zinszahlungen an die Banken und eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer. Auf Bund- und Land muß Druck ausgeübt werden, die kommunalen Finanzen zu verbessern. Nur so kann man Gebührenerhöhungen und Personalaabbau verhindern.

### Wut und Widerstand in den Stadtrat!

Jede Partei muß sich entscheiden, wessen Interessen sie vertritt. Für SPD, Grüne, CDU und FDP sind die Interessen der Industrie und Banken "Sachzwänge". Deshalb landen sie dabei, die Politik der Bosse und Bonzen gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen!

Für die SAV sind gesicherte Arbeitsplätze, Gebührensenkungen, bezahlbare Wohnungen, Kindergartplätze, Ausbildungsplätze für Jugendliche und Umweltschutz die wichtigsten Sachzwänge. Wenn Du auch der Meinung bist, daß mit der Politik für Banken und Konzerne Schluß sein muß, daß Wut und Widerstand in den Aachener Stadtrat gehören - dann wähl' am 12. September SAV. Und noch besser - werde Mitglied bei uns und kämpfe mit uns zusammen für unsere gemeinsamen Interessen! (Büro der SAV-Aachen: 02 41/ 50 86 85)

### Köln boomt. Die Köln-Arena ist fertig, große Filmstudios entstehen, ein neues Multiplex-Kinocenter soll gebaut werden. Doch die Arbeitslosigkeit schwankt seit Jahren um 14 Prozent. Schüler und Eltern protestieren gegen Lehrmangel. Seit 1993 wurden über 400 Ausbildungsplätze allein bei der Stadt Köln abgebaut.

**Claus Ludwig, Köln**  
Die Milliarden-Investitionen für Prestigeobjekte und im Unterhaltungssektor verbessern keineswegs die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Der Abbau öffentlicher Dienstleistungen, steigende Gebühren und Abgaben, das anhaltend hohe Mietniveau in Köln haben zu einem Absinken des Lebensstandards geführt.

SPD, Grüne, CDU und FDP vertreten gleichermaßen die Interessen einer kleinen reichen Minderheit. Ihr Köln ist das Köln der Baulöwen, Grund- und Bodenbesitzer sowie der Besserverdienenden, die sich all die teuren Vergünstigungen leisten können. Der Wahlkampfauftritt des SPD-OB-Kandidaten Heugel war konsequenterweise ein Essen, zu dem die Gäste 1000 DM Eintritt bezahlten.

**Qualifizierte Arbeitsplätze statt Zwangsarbeit**  
Die SAV fordert, die öffentlichen Gelder zu verwenden, um dringend benötigte Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Verkehr und Wohnungsbau zu finanzieren. Wir wenden uns gegen jede Form von Privatisierung und für die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Wir wollen qualifizierte Arbeitsplätze. Deswegen kämpfen wir dagegen, daß Sozialhilfempfangler und Arbeitslosse zu niedrig bezahlter Zwangsarbeit verpflichtet werden. Staudessen müssen sofort neue Ausbildungsplätze bei der Stadt geschaffen werden. Hunderte neuer Lehrer müssen eingestellt werden.

Wir wenden uns gegen die Pläne der städtischen Verkehrsbetriebe KVB, Busfahrer in ihrer Freizeit als Kontrollre für eine Kopfrämie Schwarzfahrer aufspüren zu

### Wer soll das bezahlen?

Die Kommunen sind durch die Umverteilungspolitik auf Bundesebene finanziell ausgeblutet. Allein mit dem Kölner Haushalt läßt sich die soziale Lage nicht entscheidend verbessern. Die Stadt bezahlt jede Minute 1000 DM Zinsen an die Banken. Wir fordern die Einstellung dieser Zinszahlungen. Wir treten dafür ein, daß die Kommunen der Bundesregierung die Rechnung für die notwendigen Investitionen präzisieren und die arbeitende Bevölkerung mobilisiert, um zusätzliche Finanzen aus Berlin zu erkämpfen.

### Gegen Rassismus

Im "toleranten Köln" gibt es genauso viel Diskriminierung und Rassismus wie anderswo. Bei der Kommunalwahl dürfen zwar EU-Bürger wählen, aber nicht die 80.000 Kölner türkischer und kurdischer Herkunft. Die SAV setzt sich für das Wahlrecht für alle ein.

In Kölner Kirchen leben seit einhalb Jahren über 100 Menschen, denen in der Türkei politische Verfolgung droht. Wir fordern das sofortige Bleiberecht für diese Menschen und den Stop sämtlicher Abschiebungen.

Die SAV setzt sich für eine Mobilisierung der Arbeiterbewegung und der Antifaschisten ein, um die öffentlichen Aktivitäten sämtlicher rechter Gewalttäter zu verhindern. Wir helfen mit, Nazis und Rassisten aus ihrer Anonymität zu reißen und ihre Verbrechen in der Öffentlichkeit aufzuzeigen.

### Linke Alternative gegen kölschen Klüngel

Seit Anfang der 80er Jahre hat es keine stadtweite Kandidatur links von Rot-Grün in Köln gegeben. Die SAV hat daher im Vorfeld der Kommunalwahlen versucht, ein linkes Wahlbündnis zu initiieren. Die dann gegründete Linke Inter-

nationale Liste (ILL) bestand neben der SAV aus der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) sowie Unterstützern der kommunistischen Parteien Griechenlands und Italiens. Die PDS wollte ursprünglich nicht für den Stadtrat kandidieren.

Mit dem Wegfallen der 5-Prozent-Hürde bot die PDS jedoch der ILL an, auf einer offenen Liste der PDS zu kandidieren. Um die linken Stimmen nicht zu spalten, ist die ILL daher in Verhandlungen mit der PDS eingetreten. Kandidatinnen und Kandidaten der SAV werden auf der offenen Liste der PDS für den Kölner Rat kandidieren (Stand bei Redaktionsschluß 23. 7. 99).

Kandidatur und Ratsmandate sind für die SAV kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um die Gegenwehr und die Selbstorganisation der arbeitenden Menschen voranzutreiben. SAV-Mitglieder werden mit anderen gemeinsam Widerstand gegen die unsoziale Politik organisieren und Streiks und Demonstrationen unterstützen, statt im Rathaus mitzuklingeln. Ratsmitglieder der SAV werden aus ihrem Mandat keine materiellen Vorteile ziehen, sondern ihre Einkünfte offenlegen, Privilegien ablehnen und Verdienste, die über einem durchschnittlichen Arbeitnehmererhalt liegen, für die Arbeit der Liste und die Unterstützung von sozialen Bewegungen abführen.

Mit anderen linken Parteien und Organisationen war die SAV aktiv in der Bewegung gegen den Balkan-Krieg und bei der erfolgreichen Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 22. Mai. Die SAV hat in den letzten Jahren u.a. den Kampf beim Traktorenstehler-Deutz-Fahr in Köln-Kalk gegen die Schließung des Werkes unterstützt sowie Solidarität für die streikenden Arbeiter der Bahnreinigung organisiert, die gegen Billiglöhne gekämpft haben.

### Spendet für die Arbeit der SAV!

Um unseren Wahlkampf wirksam führen zu können, sind wir auf Spenden von Sympathisanten und Mitgliedern angewiesen. Spendenkonto 250 059 430, BLZ 360 100 43, Postbank Essen

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf

